

Dr. Günter Briese

Prom. als Externer mit Untersuchungen zur
Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen

Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde

Tel.: (030) 6759728, Handy: 0173.6447603

Mail: drgbriese@gmail.com

BLICKPUNKT
Geschäftsstelle Königs-Wusterhausen

- Redaktion -
Frau Christina Petersen

Karl-Marx-Straße 2

15711 Königs Wusterhausen

1969 40 2009



Vier Jahrzehnte Autor
zu Volkswirtschaftsthemen
in zwei Wirtschaftssystemen

-
- 1969/70 Leiter priv. interdisziplin. Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft i.A. des ASMW Berlin mit den Co-Autoren: Dr. Wilfried Schaf, Zentrallabor, f. Plastikverarb. Leipzig, Dipl.-Phys. Dieter von Strauß, Techn. Univers. Dresden
 - 1966 Wiss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Austauschbau Plastikverarbeitung
 - um 1975 Analyse des volkswirtsch. Fünfjahresplanes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Univ. Berlin
 - 1980 Wiss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Zuverlässigkeit MSR-Geräteind.
 - Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Plan- zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Szenarien über NEUES FORUM an Zentr. Runden Tisch und Regierung
 - 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Dämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) zur Bewältigung der Globalisierung noch vor EURO-Einführung (Tobin-Steuer an Oppos.-Parteien Bundestag)
 - 2003/04 Vorschläge zur Einführung des BSP als volkswirtschaftliche Kenngröße als Beitrittskriterium zur EURO-Zone, an die Bundesregierung und die Landesregierung Brandenburg
 - 2008/09 Vorschläge zu kurz- und längerfristigen Maßnahmen zu einer Bewältigung der Welt- Finanz- und Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

Eichwalde, am 16. Mai 201

Az.: Io + EG

Beitragsangebot "Zur Fata Morgana Rechtssicherheit beim BER-Projekt

- Bemerkungen zum Beitrag "Rechtssicherheit. Das Belüftungskonzept steht."

BLICKPUNKT Königs Wusterhausen Nr.19/2016 S.1 -

Sehr geehrte Frau Petersen,

anliegend erhalten Sie den vorgehen. Beitrag mit der Bitte um baldige Veröffentlichung.

Der Beitrag erklärt zugleich Hintergründe der aktuellen Meldungen von n-tv zu einem neuen BER-Gesellschafterdarlehen in Höhe von 1,1 Mrd. € nebst einem Bankkredit von weiteren 1,1 Mrd. € zu Marktzinsen bei 100%iger Staatsbürgschaft, worüber auch die WELT und BILD berichteten.

In Verbindung mit dem Vorhaben, einen neuen Landesentwicklungsplan gemeinsam von den Legislativen Berlins und Brandenburgs beschließen zu lassen, der den BER als Single-Airport und die Schließung Tegels TXL festschreibt, sollen sowohl die Entscheidungen der EU zum Beihilfeverfahren der Bundesregierung über 2,6 Mrd.€ unterlaufen als auch Bemühungen zum nötigen Weiterbetrieb von Tegel TXL neben Schönefeld SXF unwirksam gemacht werden. Der Wirtschaft dürfte Letzteres keinesfalls genehm sein.

Weitere Informationen werden im Internet hierzu unter <http://berlin-brandenburg-21.de> einsehbar sein, u.a. auch dieser Beitrag.

Mit freundlichen Grüßen

Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Zur Fata Morgana Rechtssicherheit beim BER-Projekt

- Bemerkungen zum Beitrag "Rechtssicherheit. Das Belüftungskonzept steht",
BLICKPUNKT KÖNIGS-WUSTERHAUSEN Nr.19/2016 Seite 1 -

Der Kommentar der Landtagsabgeordneten Tina Fischer und Helmut Barthel zum Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg zum Erfordernis eines Lüftungskonzeptes gemäß DIN-Vorschriften für BER-Schallschutzmaßnahmen, nun sei Rechtssicherheit in positivem Sinne für Betroffene wie Flughafengesellschaft gegeben, ist in dieser Allgemeinheit leider unzutreffend. Es ist schließlich nur gerichtlich zu einem von vielen Schallschutzmängeln entschieden worden, wenn auch zu einem bautechnisch wesentlichen Mangel, während viele weitere noch einer gerichtlichen Entscheidung bedürfen.

Und speziell für den "BER-Nahbereich", in welchem auch die Klägersseite Blankenfelde-Mahlow liegt, ist noch gar keine allgemeine Rechtssicherheit erreicht worden, weil eine zum EU-Recht konforme Bemessung von Schallschutzmaßnahmen nach dem Lärmstörpegel in EPNdB = Spitzenlärmpegel in dB(A) + 13 dB(A) noch immer völlig aussteht!

Und zum Lüftungskonzept? Es wäre schon von Anfang an erforderlich gewesen und wird ergeben, daß überall die bisher eingebauten FBB-Zulüfter durch Geräte mit Zuluft- und Abluftfunktion nebst Wärmeaustauscher ersetzt werden müssen. Damit sind alle Schallschutzmaßnahmen kostenträchtig zu qualifizieren und dazu sind auch alle bisherigen Kostenerstattungsvereinbarungen (KEV) und Anspruchsermittlungsverfahren (AEV), die bisher noch nicht zu Baumaßnahmen führten, zu überarbeiten!

Die BER-Schallschutzmaßnahmen stehen auf "Neubeginn"!

Schade, daß unsere hochdotierten Abgeordneten dies noch immer nicht erkannt haben! Oder sollten ihre Beiträge zum Thema nur als fachlich mißlungener Wahlkampfbeitrag angesehen werden? Denn daß das ganze Schallschutzprogramm nicht nur wegen vorgenannter Mängel auf der Kippe steht, sondern auch deshalb, weil die Europäische Kommission nicht nur bisher die Genehmigung für die aktuelle staatliche 2,6-Mrd.-€-Beihilfe nicht aussprach, welche die Bundesregierung bereits vor der Bundestagssommerpause 2015 erwartete, sondern i.Vbdg. mit dem Europäischen Parlament z.Z. erst Petenten zur Rückabwicklung der vorherigen 1,2-Mrd.-€-Beihilfe mit Stellungnahmen befaßt wurden, möchte man sicherlich nicht bekanntmachen! Oder ist diese Information vielleicht von der Staatskanzlei, welche ich mit EU-Schriftstücken informierte, noch gar nicht bis zum Landtag gelangt?

Dr.Günter Briese,

EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT